



Immer mehr von dem, was den Alltag der Bürger prägt, kommt von der EU. Deshalb toben hinter Brüssels Fassaden ständig neue Schlachten um Macht und Einfluss.
FOTO: IMAGO

Wo Rauch ist

Auf welche Weise werden in Brüssel Gesetze wie die Tabakrichtlinie geboren? Die Bürokraten regieren die EU, das denken viele Menschen. Im Hintergrund kommen aber noch andere Kräfte zum Tragen: eine Geschichte über Meinungsmacher, Macht und Milliarden

VON CERSTIN GAMMELIN

Straßburg/Brüssel – So also sieht jemand aus, der von der Lobby gemobbt wird. Ringe unter den Augen, bartstoppelig, verstrubbelte Haare. Wache Augen. Karl-Heinz Florenz, 66 Jahre alt, Landwirtschaftsminister vom Niederrhein und CDU-Abgeordneter im EU-Parlament, sitzt in seinem bushaltestellengroßen Büro in Straßburg. Es ist noch früh am Morgen, vor dem Fenster macht es sich ein grauer Tag gemütlich. Zum Rasieren war keine Zeit, das kommt später, am Bürospiegel. Zuerst will Florenz erzählen, von Lobbyisten und deren ausgeklügeltem Spiel, missliebige Abgeordnete zu isolieren. Das ist jetzt wichtiger als Aussehen. Ein kurzes „Guten Morgen“, dann greift er unter den Tisch und holt einen Stoffbeutel hervor. „Schauen Sie, was DIE mir alles geschickt haben.“



DIE, das sind Interessenvertreter der Tabakindustrie, von Konzernen, aber auch kleinen Zulieferern. Monatlang schwärmten sie in Europa aus, um die Verhandlungen über das neue Tabak-Gesetz zu beeinflussen. Das Ganze ist ein Paradebeispiel dafür, wie in Europa Regeln für 506 Millio-

ter verdient“, sagt Florenz über den US-Konzern. „Die haben einen richtigen Apparat, mehr als 150 Leute, nicht nur in Brüssel, auch in Düsseldorf oder Berlin. Bei der Tabakgesetzgebung haben die sich vorab zusammengesetzt und die Verhandlungen durchgespielt.“ Etappe für Etappe. Anhörung zum Gesetzesvorschlag im Februar 2013, Beratungen im Unterausschuss im April, Abstimmung im Plenum, Verhandlungen in Gruppen, Einigung mit den Mitgliedsstaaten. Ende Februar, erneute Abstimmung im Plenum. „Immer hatten sie Antworten parat. Sie waren vorbereitet auf jede Entscheidung, auch jede negative.“

Die generalstabsmäßig geplante Lobbyarbeit soll Regeln verhindern, die Rauchen unattraktiv machen. Für die Hersteller ist die Richtlinie eine Gefahr für ihre Umsätze. Verbraucher- und Gesundheitsschützer wollen nicht durchgreifen und suchtfördernde Stoffe regulieren. Florenz will 60 Chemikalien analysieren, die womöglich miteinander toxisch reagieren, wenn die Zigarette brennt. „Es ist völlig unklar, was da passiert“, sagt er. Unbedenkliche Chemikalien will er auf einer Positivliste auflisten. Doch mit diesem Plan scheitert er bald. Stattdessen schafft er es auf eine andere Liste: Philip Morris hat in einem 160-seitigen Dossier Abgeordnete rot gekennzeichnet, die sich besonders starrköpfig zeigen. Florenz steht ganz oben. Dabei ist der Landwirt kein Hardliner. Er liebt sogar Zigarren. Aber er stört die Branche, weil er ein Argument vorbringt, gegen das sie nicht ankommen: „Jeden Tag sterben 300 Raucher. Um weiter genauso viele Zigaretten zu verkaufen, muss die Tabakindustrie also täglich 300 Nichtraucher vom Rauchen überzeugen.“

Aber die Lobby gibt nicht auf. Über die Monate, in denen verhandelt wird, schicken sie Florenz diverse Geschenke, die er aus seinem Stoffbeutel holt.

ter, Telekomfirmen, Banken, Versicherungen, Energiekonzerne, Pharma- und Chemiefirmen, Lebensmittelhersteller, Autobauer und Rüstungskonzerne. Alles Branchen, in denen es schon bei kleinen Gesetzesänderungen um viel Geld geht.

Die EU-Kommission hat die Aufgabe, im Binnenmarkt für faire und klare Spielregeln zu sorgen. Das ist gar nicht so einfach. Die 28 Mitgliedsländer sind erbitterte Konkurrenten, die um Kunden und Marktanteile ihrer Firmen ringen. Und immer wieder haben die Interessen der Unternehmen zur Folge, dass die Bürger Europas unter neuen Regeln leiden müssen.

Ein Kommissar muss zurücktreten. Der Vorgang ist bis heute ungeklärt

Ein besonders krasses Beispiel sind die unübersichtlich langen Kontonummern und Bankleitzahlen, auf die sich Europas Bürger einstellen müssen. Bei Mister Iban und Madame Bic, wie sie in Brüssel spöttisch genannt werden, ist die Vaterschaft eindeutig: Es waren nicht etwa gelangweilte Bürokraten der Kommission, die sich das ausdachten. Eine Organisation der Banken entwickelte die neuen Standards für einen einheitlichen Zahlungsverkehr im Euro-Raum, einschließlich Mister Iban mit 22 Ziffern und Madame Bic mit elf. Aus diesen Vorgaben schrieben EU-Beamte eine Richtlinie, die von August an gelten soll. Vielstellige Monsternummern, erdacht von den Banken, umgesetzt von der Bürokratie.

Die umstrittene Tabakrichtlinie geht auf die Vision der Kommission für ein rauchfreies Europa von 2007 zurück. Doch die Neufassung der Regeln wird schwieriger als gedacht. Bevor sich die Tabakbranche von Sommer 2013 an auf Parlamentari-

gewandt. Dali wird auch vorgeworfen, Treffen mit der Tabaklobby nicht gemeldet zu haben, wozu er rechtlich nicht verpflichtet war. Der Vorwurf wirkt seltsam. Auch andere EU-Beamte und Kommissare treffen sich regelmäßig mit Tabaklobbyisten, ohne dass daran jemand Anstoß nimmt. Im engsten Umkreis von Kommissarschef Barroso soll es freundschaftliche Kontakte zur Tabakindustrie geben. Michel Petite, Anwalt mit wichtigen Tabakkunden, war Mitglied des Ethikrates der Kommission.

Bemerkenswert ist, dass der geschasste Kommissar Dali, der früher Kette rauchte, die Regeln drastisch verschärfen wollte. Er fand, jährlich 700 000 Todesopfer durch Rauchen seien zu viel. Er wollte den Verkauf zahlreicher Nikotinprodukte und auch die Werbung dafür beschränken.

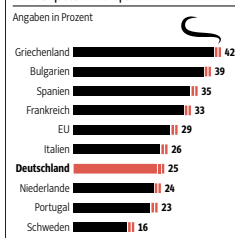
Schon bevor er 2012 gehen muss, wird seine Arbeit gebremst. Engste Mitarbeiter von Barroso schreiben am 25. Juli 2012 einen zwei Seiten langen Brief an die Generaldirektorin der Gesundheitsbehörde. Es gebe „ernsthafte Bedenken“ gegen die geplante Richtlinie. Sie kritisieren die fehlende „Analyse der Möglichkeit, auch weniger harte Maßnahmen zu ergreifen“. Sie kritisieren den „allgemeinen Bann von rauchlosen Tabakprodukten“. Ganz am Ende weisen sie auf die „politische Sensibilität“ der gesamten Tabakgesetzgebung hin. Dallis Richtlinienentwurf könne noch nicht in der Kommission beraten werden.

Dann muss Dali gehen. Malta schickt einen Nachfolger, Tonio Borg. Die Arbeit an der Richtlinie verzögert sich um ein Jahr. Die Lobby nutzt diese Zeit. Interessenvertreter aller betroffenen Branchen reden Kommission und Parlamentariern, aber auch nationalen Politikern ins Gewissen. Am Rande der Fachmesse InterTabac appellieren Branchenvertreter, die Belange von bis zu 100 000 Beschäftigten in der deutschen Tabakwirtschaft zu berücksich-

Die Verträge tragen stellenweise den Stempel „vertraulich“. Sie geben Einblick in überraschende Absprachen und zeigen, wie wenig Parlamentarier in Brüssel und Straßburg, aber auch in den Hauptstädten kontrollieren können, was da vor sich geht.

Die Tabakindustrie zahlt nach den Vereinbarungen Milliarden Euro an die Europäische Kommission und die nationalen Hauptstädte, damit diese den Schmuggel von Zigaretten besser bekämpfen können. Im Gegenzug verzichtet die öffentliche Hand darauf, gegen die Tabakfirmen vorzugehen, sollten sie der Steuerhinterziehung überführt werden. Es ist ein Deal, der in der Rechtsprechung der USA und anderer Staaten üblich ist. Aber es ist auch ein Deal, der gegen das gängige Rechtsverständnis in Europa verstößt und in Deutschland einen Ruch von Bestechung hat. Die EU-Staaten profitieren von regelmäßigen Einnahmen, die Tabakfirmen sind vor staatlichen Ermittlungen wegen möglicher Steuerdelikte geschützt.

Raucherquoten in Europa



© Grafik: Eden, Quelle: EC-Kommission 2010

strenge Regeln. Zahlten die Unternehmen einfach weniger, dürfte dies keinesfalls als Reaktion auf schärfere Regeln gewertet werden. Alles kein Problem also? Mitnichten. Einige Parlamentarier halten die Verträge für bedenklich. Weil die Tabakunternehmen und die Kommission sämtliche Korrespondenz vertraulich hielten, könne niemand nachvollziehen, warum die Unternehmen womöglich ihre Zahlungen vorzeitig beendeten, kritisiert der Liberale Theurer. Damit entstehe der begründete Verdacht, dass die Konzerne sich das Wohlwollen der Kommission und der Mitgliedsstaaten erkaufen. „Es ist möglich, dass das Ziel der EU und der Mitgliedsstaaten, weiterhin jährlich Zahlungen zu erhalten, die politischen Beschlüsse beeinflusst, die während der Laufzeit der Abkommen gefasst werden.“ Bei einem der Abkommen sei die höchste Zahlung erst im Jahr 2029 vorgesehen, weswegen es für die EU-Kommission wichtig sei, das Abkommen nicht vorzeitig zu riskieren.

Die CDU-Abgeordnete Ingeborg Gräßle geht davon aus, dass es eine Art Gentleman's Agreement gibt. Auch sie ist kritisch: Wer die Treffen der EU-Institutionen mit der Tabakindustrie bezahle, will sie wissen. Und die Grünen fragen, ob die Konzerne die Verträge mit Brüssel kündigen dürfen, wenn ihnen eine Richtlinie nicht gefällt. Antworten gibt es nicht. Vielleicht ist das eine Art Antwort: Am letzten Mittwoch im Februar hat das Parlament die neuen Standards zur Verringerung der Attraktivität des Rauchens verabschiedet. Sie sind weniger streng als geplant.

Von 2017 an werden Zigarettenpackungen auf 65 Prozent der Vorder- und Rückseite mit Schockbildern bedruckt, bisher waren es 40 Prozent. Aromatisierte Zigaretten sollen von 2020 an verboten werden. Verboten sind auch irreführende oder verharmlosende Verpackun-